

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 16. September 1987

am Donnerstag, dem 17. September 1987

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Abelein (CDU/CSU)	17, 30	Müntefering (SPD)	65
Antretter (SPD)	23, 24	Dr. Nöbel (SPD)	49, 50
Bernrath (SPD)	45, 46	Frau Odendahl (SPD)	41
Bindig (SPD)	64	Frau Oesterle-Schwerin (DIE GRÜNEN)	37, 38
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	54, 55	Peter (Kassel) (SPD)	27
Börnßen (Ritterhude) (SPD)	60, 61	Dr. Rose (CDU/CSU)	28, 42
Brück (SPD)	5	Schemken (CDU/CSU)	25, 26
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	6, 7	von Schmude (CDU/CSU)	62, 63
Fischer (Hamburg) (CDU/CSU)	1, 29	Schreiner (SPD)	14
Fischer (Homburg) (SPD)	59	Seidenthal (SPD)	31, 32
Frau Ganseforth (SPD)	20, 21	Sielaff (SPD)	2, 3
Gansel (SPD)	12, 13	Singer (SPD)	8, 9
Graf (SPD)	51, 52	Dr. Soell (SPD)	53
Grünbeck (FDP)	10, 11	Stiegler (SPD)	22, 56
Frau Hämmerle (SPD)	47, 48	Dr. Uelhoff (CDU/CSU)	15, 16
Dr. Hauchler (SPD)	18, 19	Verheugen (SPD)	57, 58
Hinsken (CDU/CSU)	35, 36	Wartenberg (Berlin) (SPD)	43, 44
Kühbacher (SPD)	33, 34	Wetzel (DIE GRÜNEN)	39, 40
Kuhlwein (SPD)	4		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	12

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

1. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)

Trifft es nach Auffassung der Bundesregierung zu, daß in Antwerpen deutsches Transitgut verstärkt „nationalisiert“ und nach dem Unctad-Codex als belgische Ladung behandelt wird, wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung hiergegen zu tun?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für innerdeutsche Beziehungen**

2. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)

Wenn es wahr ist, daß die Bundesregierung eine sogenannte „mitteldeutsche Kulturförderung“ plant, bedeutet das dann eine Abspaltung von der „Förderung des ostdeutschen Kulturgutes“?
3. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)

Welche besonderen Aspekte und welche von der „Förderung des ostdeutschen Kulturgutes“ abweichende Aufgaben hätte eine „mitteldeutsche Kulturförderung“?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

4. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Welche weiteren schärferen Instrumente werden – wie von Bundesminister Dr. Schneider am 19. August 1987 in München angekündigt – von der Bundesregierung im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung der Baunutzungsverordnung erwogen, um die planungsrechtlichen Handhaben der Städte und Gemeinden zur Verhinderung der Ansiedlung von Spielhallen zu verbessern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordneter
Brück
(SPD)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um den starken Rückgang der Entwicklungshilfe der Europäischen Gemeinschaft zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

6. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)**
- Hat die Bundesregierung – als Folge der Erkenntnisse von Bundesminister Dr. Blüm über die ständigen und grausamen Menschenrechtsverletzungen und insbesondere die Folterpraktiken in Chile – die Ratifizierung des für Chile höchstprofitablen Umschuldungsabkommens Ende August dazu genutzt, von der Pinochet-Regierung in Chile Zugeständnisse in der Frage der Beachtung der Menschenrechte zu erhalten oder wenigstens einzufordern?
7. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)**
- Hat Bundesminister Dr. Blüm in diesem Zusammenhang irgendwelche Initiativen ergriffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

8. Abgeordneter
**Singer
(SPD)**
- Wie kommt es, daß die Bundesregierung die vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit getroffene Regelung für sachgerecht hält (siehe Beantwortung meiner Fragen Nr. 70 und Nr. 71 vom 18. Mai 1987), wo doch klar ersichtlich ist, daß die bereits durch Arbeitslosigkeit betroffenen und benachteiligten 53- bis 58jährigen Frauen und Männer auch hier noch Nachteile erfahren?
9. Abgeordneter
**Singer
(SPD)**
- Wie kommt es, daß die Bundesregierung mit der unterschiedlichen Regelung der Aufenthaltsfristen für 53- bis 58jährige Arbeitslose und 58jährige und ältere Arbeitslose einverstanden ist und diese mit dem Hinweis zu stützen versucht, daß 58jährige und ältere Arbeitslose keine Arbeit mehr suchen, obwohl sie weiß, daß die 53- bis 58jährigen nach Arbeit suchenden Arbeitslosen ebenso schlecht vom Arbeitsamt vermittelbar sind wie 58jährige und ältere Arbeitslose?
10. Abgeordneter
**Grünbeck
(FDP)**
- Welcher personelle und finanzielle Aufwand ist nach den Erwartungen der Bundesregierung mit der geplanten Einführung eines Sozialversicherungsausweises zur Bekämpfung der Schwarzarbeit verbunden?
11. Abgeordneter
**Grünbeck
(FDP)**
- Wie kann sichergestellt werden, daß ein solcher Ausweis nicht dazu mißbraucht wird, Schwarzarbeit nach Feierabend oder am Wochenende quasi zu legalisieren?

- | | |
|---|--|
| 12. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Feststellung von Rentenansprüchen deutscher Staatsbürger durch Rentenversicherungsträger von Staaten, mit denen Sozialabkommen geschlossen worden sind, sich über Jahre hinziehen (z. B. Italien, Griechenland, Belgien), so daß nicht selten rechtskräftige Bescheide erst erteilt werden, wenn der Leistungsberechtigte verstorben ist? |
| 13. Abgeordneter
Gansel
(SPD) | Welche Vorstellung hat die Bundesregierung, die Feststellung und Zahlung solcher Renten zu beschleunigen oder gegebenenfalls durch Vorschußzahlungen für die Betroffenen zu erleichtern? |
| 14. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) | Aus welchem Anlaß hat Bundesminister Dr. Blüm die 140 Arbeitsämter und neun Landesarbeitsämter in der Bundesrepublik Deutschland angewiesen, den Arbeitskräftebedarf für die Produktion im Kriegsfall zu diesem Zeitpunkt zu erfassen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| 15. Abgeordneter
Dr. Uelhoff
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß Wehrpflichtige derzeit nur das sogenannte schwere Schuhzeug nach Ableistung ihrer Wehrdienstzeit mitnehmen dürfen, ihre Sport- und Halbschuhe aber wieder abgeben müssen, und wie beurteilt der Bundesminister der Verteidigung für diesen Fall die orthopädischen und hygienischen Gesichtspunkte für die Wehrpflichtigen, die die bereits lange getragenen Schuhe wieder anziehen müssen? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Uelhoff
(CDU/CSU) | In welcher Relation stehen die Kosten für eine Ausgabe von ausschließlich neuen Schuhen an alle Wehrpflichtigen zu den bisherigen Reparatur- und Verwaltungskosten? |
| 17. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausstattung sowjetischer Tanks mit reaktiver Panzerung (reactive armour)? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) | Kann eindeutig ausgeschlossen werden, daß die in den Gemeinden Ramelsloh (Landkreis Harburg) und Tostedt geplanten Verteidigungsanlagen als Kampf- oder Gefechtsstellungen verwandt und mit Lenkwaffen oder Raketen bestückt werden (einschließlich endphasengelenkter Munition)? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) | Kann mit Absolutheit ausgeschlossen werden, daß eingelagerte Gefechtsköpfe (Munition, Sprengsätze) von atomarer oder chemischer Art sind oder eine Verwendung von Neutronen-Waffen vorgesehen ist? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

20. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
- Wie vielen Einrichtungen, die langjährig anerkannte Beschäftigungsstellen des Zivildienstes sind, wird die Anerkennung als Zivildienststelle vorübergehend gesperrt oder aberkannt, weil dort Treffen von Zivildienstleistenden bzw. deren Selbstorganisation stattfanden?
21. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
- Aus welchem Grund haben Sie im Mai dieses Jahres auf meine entsprechende Frage geantwortet, daß Sie den bezeichneten Sachverhalt nur bei der von mir genannten Beschäftigungsstelle festgestellt haben, wo mir inzwischen bekanntgeworden ist, daß es mindestens eine weitere Beschäftigungsstelle gibt, auf die der gleiche Sachverhalt zutrifft?
22. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung englische Studien, wonach Tierarzneimittel dazu führen, daß Rindermist nicht mehr verrottet (vgl. SZ Nr. 207 vom 10. September 1987, S. 44), und gibt es zu dieser Fragestellung auch Studien in der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

23. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, beim Vorstand der Deutschen Bundesbahn (DB) darauf hinzuwirken, daß Pläne, den Bahnhof Basel Badischer Rangierbahnhof nicht mehr für das Rangieren des grenzüberschreitenden Güterverkehrs zu nutzen, aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht weiter verfolgt werden oder daß Alternativen vorgelegt werden, die den Erfordernissen der DB in gleicher Weise gerecht werden wie der Notwendigkeit, die dortigen Arbeitsplätze zu erhalten?
24. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, für eine rasche Elektrifizierung der Hochrheinstrecke einzutreten und sich bei der Landesregierung Baden-Württemberg dafür zu verwenden, daß diese sich an den Kosten der Elektrifizierung beteiligt?
25. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Mittelabfluß im Straßenbau für das Land Nordrhein-Westfalen im Jahre 1987?
26. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)
- Werden nicht abgerufene Mittel auf das laufende Haushaltsjahr und später übertragen?

- | | |
|---|---|
| 27. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) | Kann die Bundesregierung die Aussage des hessischen Wirtschaftsministers bestätigen, daß die Deutsche Bundesbahn bereit sei, die Strecke Dortmund—Kassel auf der gesamten Länge als Schnelltrasse auszubauen? |
| 28. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) | Sind sich die Deutsche Bundesbahn und die Bundesregierung bewußt, daß mit der plötzlichen Streichung von Kurswagen aus Hamburg nach Passau und Pfarrkirchen das aufstrebende Bäderdreieck Bad Füssing—Griesbach—Birnbach schwer geschädigt wird und daß den heil-suchenden Menschen unangenehme Schwierig-keiten bereitet werden? |
| 29. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU) | Ist sichergestellt und gegebenenfalls durch wel-che Maßnahmen, daß für Gefahrguttransporte gesperrte Strecken, insbesondere in einem so hochsensiblen Bereich wie dem Elbtunnel im Verlaufe der A 7 in Hamburg, auch tatsächlich nicht von Gefahrguttransportern benutzt werden? |
| 30. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung gegen die Mauterhöhung auf der Brennerautobahn zu un-ternehmen, die den deutschen Güterfernverkehr erheblich belastet? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|--|---|
| 31. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, den niedersäch-sischen Drömling als Maßnahme in den Arbeits-plan der Vereinbarung zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland über die weite-re Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes für den Zeitraum 1987 bis 1989 aufzunehmen und gemäß der Arbeitspro-gramme zu Ziffern 4.1 und 4.2 konkrete Verhand-lungen mit der DDR zu führen, um den gesamten Drömling mit seinen 250 Quadratkilometern als gesamtdeutsches Naturschutzgebiet „Drömling“ auszuweisen? |
| 32. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Vertrag zum Hochwasserschutz zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Aller-Ohre-Bereich (Drömling) zu keiner nachhaltigen Beeinträchtigung eines der bedeu-tendsten großräumigen Feuchtgebiete in der Bundesrepublik Deutschland führt, und welche konkreten vertraglichen Regelungen hat die Bundesregierung mit der DDR getroffen, damit sowohl die Belange des Natur- als auch des Hochwasserschutzes für das genannte Gebiet er-füllt werden? |

33. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Verhandlungen mit der DDR darauf hinzuwirken, daß die verstärkten Entwässerungsmaßnahmen im Drömling auf DDR-Seite umgehend eingestellt werden und Flächen, in denen neue Entwässerungsgräben geschaffen worden sind, in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden?
34. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Verhandlungen mit der DDR sicherzustellen, daß über das Hochwasserschutzabkommen hinaus keine Entwässerung des Drömling erfolgt, sondern nur bei tatsächlicher Hochwassergefährdung Oberflächenwasser abgeführt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

35. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Antwort darüber geben, wie lange in Ferienmonaten, bedingt durch den verstärkten Einsatz von Hilfspersonal, Briefe und Päckchen durchschnittlich unterwegs sind, und wie viele davon als verlorengegangen gemeldet werden?
36. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie weichen diese Daten von den üblichen Durchschnittswerten ab?
37. Abgeordnete
Frau
Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Postreklame GmbH, in Absprache mit dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen eine Anzeige des Feministischen Frauengesundheitszentrums in Berlin (FFGZ), deswegen zurückgewiesen hat, weil im Anzeigentext das Wort „Lesbe“ vorkommt?
38. Abgeordnete
Frau
Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)
- Wenn ja, wie beabsichtigt die Bundesregierung dagegen vorzugehen, daß ein Teil der weiblichen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland mit Billigung eines Kabinettskollegen diskriminiert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

39. Abgeordneter
Wetzel
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die plakative Verwendung der Farben blau und gelb auf einem Info des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft ursächlich zusammen-

hängt mit den Farben, die die Partei, der der zuständige Minister angehört, regelmäßig verwendet, wenn sie für sich wirbt?

40. Abgeordneter
Wetzel
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die indirekte Werbung für die FDP in einem offiziellen Info des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft im Hinblick auf die juristischen Grenzen, die das Bundesverfassungsgericht der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung gezogen hat, und wird das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Zukunft das Info ändern?
41. Abgeordnete
Frau Odendahl
(SPD)
- Was hat den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft veranlaßt, das Deckblatt der Pressemitteilungen seines Ministeriums in den Farben seiner Partei, also in gelb/blau, zu gestalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

42. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- In welchen „nur ganz wenigen Fällen“ (Richtlinien für die Tätigkeit der deutschen Auslandsvertretungen auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturpolitik vom 15. Januar 1987) haben die deutschen Auslandsvertretungen ein „Veto“ gemäß § 4 Abs. 7 RV einlegen müssen?
43. Abgeordneter
Wartenberg (Berlin)
(SPD)
- Auf Grund welcher Rechtsgrundlagen werden Einreisevisa mit dem Zusatz „Erlischt bei gesundheitlichen Bedenken“ versehen – wie dies beispielsweise in einem am 21. Juli 1987 ausgestellten Visum für einen aus Burundi einreisenden Geschäftsmann geschehen ist?
44. Abgeordneter
Wartenberg (Berlin)
(SPD)
- In welchen Fällen wird ein Einreisevisum mit dem Zusatz „Erlischt bei gesundheitlichen Bedenken“ versehen, für welche Länder gilt diese Regelung?
45. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Seit wann werden Einreisevisa mit dem Zusatz „Erlischt bei gesundheitlichen Bedenken“ versehen?
46. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Wer soll die gesundheitlichen Bedenken, die zum Erlöschen eines Einreisevisums führen können, feststellen?

- | | |
|--|---|
| 47. Abgeordnete
Frau
Hämmerle
(SPD) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, wenn andere Staaten – ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland – Einreisevisa für deutsche Bundesbürger mit dem Zusatz versehen „Erlischt bei gesundheitlichen Bedenken“? |
| 48. Abgeordnete
Frau
Hämmerle
(SPD) | Sieht die Bundesregierung den Visumzusatz „Erlischt bei gesundheitlichen Bedenken“ als geeignetes Mittel zur AIDS-Bekämpfung an? |
| 49. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) | Ist die Regelung, wonach Einreisevisa mit dem Zusatz „Erlischt bei gesundheitlichen Bedenken“ versehen werden können, mit dem Bundesminister des Innern abgestimmt? |
| 50. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) | Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß Einreisevisa mit dem Zusatz „Erlischt bei gesundheitlichen Bedenken“ versehen werden, nachdem bereits die Anweisung des Bundesministers des Innern, AIDS-krankte oder AIDS-infizierte Ausländer bei der Einreise zurückzuweisen, nach heftiger Kritik zurückgezogen werden mußte? |
| 51. Abgeordneter
Graf
(SPD) | Wie viele Visa wurden im letzten halben Jahr mit dem Zusatz „Erlischt bei gesundheitlichen Bedenken“ versehen? |
| 52. Abgeordneter
Graf
(SPD) | Hat es bisher einen Fall gegeben, in dem ein Visum auf Grund des Zusatzes „Erlischt bei gesundheitlichen Bedenken“ erloschen ist, und welche Konsequenzen hatte dies gegebenenfalls für den Betroffenen? |
| 53. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob und wann die in Saudi-Arabien widerrechtlich festgehaltenen deutschen Staatsbürger Uwe Hensel und Hartmut Krause Saudi-Arabien verlassen? |
| 54. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Warum lagen der Bundesregierung bei ihrer Antwort vom 14. August 1987 auf meine schriftliche Anfrage vom 7. August 1987 im Hinblick auf den in der Sowjetunion wegen seiner aktiven Teilnahme an „gesellschaftsfeindlichen Handlungen“ in Alma Ata zum Tode verurteilten 18jährigen sowjetischen Architekturstudenten Kajrat Ryskulbekow keine Erkenntnisse darüber vor, daß das am 19. Juni 1987 ausgesprochene Todesurteil bereits wenige Tage später vollstreckt worden ist, wie in Meldungen der sowjetischen Regierungszeitung Iswestija, der amtlichen DDR-Nachrichtenagentur ADN und aus „Neues Deutschland“ vom 24. bzw. 25. Juni 1987 erklärt wird, oder gibt es Grund zu der Annahme, daß es sich bei den erwähnten Presseberichten um bewußte Falschmeldungen handelt? |

55. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Schritte sind überhaupt von seiten der Bundesregierung bei der Regierung der Sowjetunion unternommen worden, die eine Anteilnahme am Schicksal Ryskulbekows erkennen lassen und dem menschenrechtlichen Engagement in anderen Staaten entsprechen?
56. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Welche Initiativen gegenüber der Regierung der CSSR hat die Bundesregierung bisher offiziell und inoffiziell unternommen mit dem Ziel, die Grenzübergänge Waldsassen und Mähring wieder zu öffnen, und gibt es dazu bereits eine offizielle, mit den amtlichen Mitteln der Diplomatie gegebene Stellungnahme der Regierung der CSSR?
57. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um gemäß den Beschlüssen der Ministertagung der EPZ am 10. September 1985 in Luxemburg die „Vereinigung der Großkraftwerkbetreiber (VGB)“, Essen, von der Durchführung einer Sondertagung „Südafrika 1987“ vom 9. bis 13. November 1987 in Johannesburg abzuhalten?
58. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der „Vereinigung der Großkraftwerkbetreiber (VGB)“, Essen, organisierte Sondertagung „Südafrika 1987“ im Hinblick auf die Bemühungen, das System der Apartheid in Südafrika zu überwinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

59. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Wie erklärt der Bundesminister des Innern als Verfassungsminister, daß die von ihm als Leitfa- den an die Volkszähler ausgegebene Broschüre „Volkszählung 87 – Schlagwortverzeichnis“ im Gegensatz zu dem Urteil Nr. 29 des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 1975 (Bd. 40, S. 296 ff.), in dem das Gericht ausdrücklich von „Hauptbeschäftigung („full-time-job“)“ spricht, die Mandatsausübung der Bundestagsabgeordneten als „Teilzeitbeschäftigung“ ausweist?
60. Abgeordneter
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Welche Kosten pro ausgestelltem neuen Personalausweis entstehen Gemeinden und Städten?
61. Abgeordneter
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein Groß- teil der Daten für die maschinenlesbaren Personalausweise bei der Bundesdruckerei in Berlin von Hand eingegeben werden und daß somit

Fehler verursacht werden, z. B. dergestalt, daß für zwei Antragsteller je Ausweis die gleiche Seriennummer verwendet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

62. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die unveränderte Haltung des Hamburger Senats, den auf Hamburg entfallenden Kostenanteil für die Erfassungsstelle Salzgitter in Höhe von 8 000 DM jährlich ab 1988 nicht mehr zu zahlen?
63. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Schritte unternommen, um den neuen von SPD und FDP getragenen Senat davon zu überzeugen, daß das Eintreten für Menschenrechte unteilbar ist und daß der Arbeit der Erfassungsstelle Salzgitter aus deutscher Sicht bei der Dokumentation von Menschenrechtsverbrechen in der DDR eine besondere Bedeutung zukommt?
64. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Ist die Darlegung des Bundesministers der Justiz (Brief -9225/1-1-1-53 514/87-), daß ein hauptsächlichlicher Grund, warum die Bundesregierung bisher das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte nicht gezeichnet und ratifiziert hat, darin liegt, daß in den allgemeinen Erläuterungen zur Kommentierung zu Artikel 6 festgestellt wird, „daß der Besitz von Atomwaffen das Recht auf Leben verletzt“ und daß „bei Annahme des Fakultativprotokolls dies ein Einfallstor für Protestbewegungen wäre, die ihre Ablehnung der Atomraketenstationierung im Weg einer Vielzahl von Einzelbeschwerden geltend machen könnten“, offizielle Auffassung der Bundesregierung, und wieso kann eine Formulierung, die auf den „Besitz von Atomwaffen“ abzielt, die Bundesregierung zu einer solchen Haltung veranlassen?
65. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Plant die Bundesregierung eine Liberalisierung des Mietrechts, wenn ja, in welchen Punkten?

Bonn, den 11. September 1987